



# Sanktionen statt Integration

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 28. Februar 2007

**Anlässlich der heutigen Sitzung des Innenausschusses zum Evaluationsgutachten der Firma Ramboll-Management zu den Integrationskursen des Zuwanderungsgesetzes erklärt die integrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Sevim Dagdelen:**

Schönfärberei bei den Integrationskursen hilft nicht weiter, sie verhindert die notwendige Analyse. Die wiederum ist die Voraussetzung einer wirksameren Integrationspolitik. Der Versuch der Koalition, das Ramboll-Gutachten zu einer Erfolgsgeschichte der deutschen Integrationspolitik umzudeuten, ist deshalb kontraproduktiv.

Trotz der unzureichenden finanziellen und personellen Ausstattung beteiligen sich gerade länger hier lebende Migrantinnen und Migranten an den Kursen. Allerdings bleiben die Koalitionsfraktionen hinsichtlich der im Gutachten empfohlenen Mittelaufstockung eher im Vagen. Ramboll empfiehlt eine Erhöhung um 60 Millionen Euro. Das wäre genau der Betrag, der erst im letzten Jahr gegen die Stimmen der Linksfraktion gekürzt wurde.

Ich habe auf die hohe Beteiligung so genannter  
Alteinwanderinnen und -einwanderer an den  
Integrationskursen hingewiesen, die es ohne  
irgendwelche Werbeaktionen gibt. Der Präsident des  
Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Dr. Albert  
Maximilian Schmid, hat dem zugestimmt: Von  
„Integrationsunwilligkeit“ könne keine Rede sein.

Trotzdem fordert die CDU/CSU die Ausweitung der  
Sanktionsmöglichkeiten, wie sie bereits im Entwurf  
zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes  
vorgesehen sind. Einseitig werden restriktive  
Möglichkeiten aus dem Gutachten abgeleitet. Die  
Integrationskurse sollen offenbar so gestaltet werden,  
dass Migrantinnen und Migranten noch effektiver  
selektiert und ausgesondert werden können. Der  
unterschwellig immer mitschwingende  
Pauschalverdacht des „integrationsunwilligen  
Ausländers“ schürt rassistische Ressentiments.

Während die CDU/CSU nur das macht, was sie  
ständig propagiert, zeigt sich die SPD janusköpfig.  
Integration predigen und  
Integrationsvoraussetzungen verhindern.